



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 17/3 (1990)

DOI: 10.11588/fr.1990.3.54235

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ELFI BENDIKAT

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH
IN DER WAHLKAMPFAGITATION DER PARTEIEN
(1884–1889)

Im Zuge des politischen und gesellschaftlichen »Modernisierungsprozesses« bildete sich in den 1880er Jahren in Frankreich und Deutschland ein politischer »Massenmarkt« heraus, auf dem sich die Parteien behaupten mußten¹. Die politische Modernisierung ließ die Partieliten in beiden Ländern Lösungen für das Problem der Integration ihrer Anhängerschaft, der Sicherung ihrer kollektiven Identität und Steigerung der Attraktivität ihrer Programme entwickeln. Dabei setzten sie, wie eine vergleichende Untersuchung ihrer Wahlkampfagitation ergab, strukturell ähnliche Agitationsstrategien ein².

Thematisch erhofften sich die Partieliten eine mobilisierende und homogenisierende Wirkung vom Nationalismus, der innenpolitischen Instrumentalisierung der Außenpolitik – wofür sich der deutsch-französische Gegensatz nach dem Krieg 1870/71 als Konstante der Außenpolitik eignete – und vom Imperialismus. Der Erfolg dieser Strategie war insoweit fragwürdig, als z.B. vom Nationalismus, aufgrund der gleichfalls angestrebten Ausgrenzung, eher eine zentrifugale denn homogenisierende Wirkung ausging³. Die Parlamentswahlen der 1880er Jahre geben für die Frage nach den Modernisierungs- und Krisenreaktionen der Partieliten einen geeigneten Untersuchungsrahmen ab, da in den Wahlkämpfen von 1885 und 1889 in Frankreich wie auch in den deutschen »Septennatswahlen« von 1887 die Beziehungen zwischen beiden Ländern das wichtigste außenpolitische Thema bildeten.

Der »Verkaufszwang« des »Massenmarktes« ließ die Partieliten nicht nur die Strategie der innenpolitischen Instrumentalisierung der Außenpolitik weiterentwickeln, sondern auch »Marketing-Methoden« konzipieren und ausbauen, wie Irrationalismen, Polarisierungen und Feindbilder sie darstellten, um die sich verschärfende Kollisions- und Krisensituation zu bewältigen⁴. Allerdings muß bei der Analyse der Parteiagitation die den Wahlkämpfen anhaftende Ausnahmesituation in Betracht

1 Reinhard BENDIX, Modernisierung in internationaler Perspektive, in: Wolfgang ZAPF (Hg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969, S. 505–512; Hans ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 2. Aufl., Berlin 1976; Hans-Ulrich WEHLER, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

2 Elfi BENDIKAT, Wahlkämpfe in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden 1988. Im folgenden werden die Hauptlinien der Argumentation dieser Studie zusammengefaßt. Die ausführliche Darlegung der Quellen findet sich hier.

3 Geoff ELEY, State formation, nationalism and political culture in 19th century Germany, in: DERS. (Hg.), Culture, Ideology and Politics. Essays for Eric Hobsbawm, London 1982, S. 277–301.

4 Vgl. Max HORKHEIMER, Theodor ADORNO, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt 1971; Niklas LUHMANN, Legitimation durch Verfahren, Neuwied 1969.

gezogen werden, deren Strukturen jedoch bereits im politischen Alltag der Legislaturperiode angelegt sind. Feindbilder und die darüber geweckten kollektiven Ängste und Haßgefühle stellten für die Partieliten die einfachste und wirkungsvollste Methode der Massenmobilisierung dar. Ihre Protagonisten knüpften zwar kurzfristige Machtinteressen daran, sie hatten aber langfristige soziokulturelle Auswirkungen. Die vergleichende Untersuchung des Feindbildeinsatzes leistet deshalb nicht nur einen Beitrag zum Verständnis des Charakters und der Entwicklung von Massenpolitik, sondern auch zum Verständnis der Verankerung des deutsch-französischen Gegensatzes in der Öffentlichkeit. So blieb der Boulangismus z. B. bis zum Ersten Weltkrieg das beliebteste antifranzösische Klischee der deutschen Parteien. Über die als Quellenbasis herangezogenen Zeitungen wird allerdings nur die veröffentlichte Meinung von politischen Eliten erfaßt, die jedoch Meinungsmacher und Meinungsspiegel zugleich sind.

Die Unterschiede hinsichtlich des politischen Systems, der Traditionen, der Erfahrungsräume, Denkweisen, Mentalitäten und Organisationsformen der Parteien waren zwar beträchtlich, die strukturell ähnlichen Reaktionen der Partieliten auf die Modernisierung lassen eine vergleichende Untersuchung der Agitation jedoch zu. Diese vergleichende Optik ermöglicht es, nationale Besonderheiten schärfer zu erfassen und strukturelle Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Gleichzeitig liefert dies Antworten auf die laufende Sonderwegsdebatte⁵.

Da es sich bei den Parteien um Träger und Vermittler von politischen Einstellungen handelt, leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur ideologischen Formierung von Mentalitäten, deren vergleichende Erforschung weiterhin ein Desiderat bleibt. Die Parteien eignen sich insofern als Analyseeinheit zur Entschlüsselung von Wahrnehmungs- und Deutungsstrukturen, was auch mittelbar Rückschlüsse auf Mentalitäten zuläßt, als es sich bei ihnen um erkennende Systeme handelt, die sowohl Wirklichkeit verarbeiten, als auch ihre eigene Welt interpretatorisch hervorbringen⁶.

Frankreich in der Agitation der deutschen Parteien. Politisches System und Großmachtkonkurrenz

Frankreich stellte nicht nur eine Konstante im außenpolitischen Feinddenken der deutschen bürgerlichen Parteien dar, auch als »Musterland« des Parlamentarismus bot es den Anhängern des monarchischen Obrigkeitsstaates zahlreiche Anknüpfungspunkte zur innenpolitischen Feindbildagitation. Die Grundlage für beide Argumentationsebenen bildete das politische System, das die Feindpolemik weltanschaulich abstützte, und die Großmachtkonkurrenz.

In den Reichstagswahlen von Oktober/November 1884 spielten die deutsch-französischen Beziehungen vor allem aufgrund der von April bis November 1884 währenden Entspannung faktisch eine untergeordnete Rolle. Die außenpolitischen Voraussetzungen, um die »Vogelscheuche des französischen »Chauvinismus« vor der

5 Jürgen KOCKA, German History before Hitler. The Debate about the German »Sonderweg«, in: Journal of Contemporary History 23 (1980) S. 3–16.

6 Faire de l'histoire, Jacques LE GOFF, Pierre NORA (Ed.), Bde. 1, 3, Paris 1974.

deutschen Nation« in Bewegung zu setzen, waren in diesen Monaten folglich nicht gegeben⁷. Dennoch bildeten sie ein, wenn auch nachgeordnetes Thema in der Parteiagitation. Dem politischen System in Frankreich begegneten alle Parteien grundsätzlich kritisch. Eine besondere Gegnerschaft hatte das »nationale Lager« aus Nationalliberalen und Reichspartei entwickelt. Grundsätzlich zählten auch die Deutschkonservativen dazu, die sich in diesem Wahlkampf allerdings nicht mit der Republik, sondern hauptsächlich mit Gladstones Massenagitation auseinandersetzten.

Da Stereotypen nicht nur Aufschluß über die Wahrnehmung anderer Gesellschaften geben, sondern auch eigene Einstellungen, Denkmuster und Werthaltungen widerspiegeln, enthüllte die Auseinandersetzung mit der republikanischen Staatsform mittelbar das weltanschauliche Selbstbild seiner Protagonisten. Die Auseinandersetzung mit dem politischen System in Frankreich thematisierte drei Aspekte: Seine revolutionäre Tradition, den Parlamentarismus und das Parteiensystem sowie die Volksbewegungen. Die systembedingte Unvereinbarkeit von monarchischem Obrigkeitsstaat und bürgerlicher Republik eröffnete dem »nationalen Lager« die Möglichkeit zur Kontrastprojektion. Da Kontraste auf Reduktionen basieren, ließen sich in diesem Zusammenhang leicht Irrationalismen wie Angst-, Bedrohungs- und Konkurrenzgefühle mobilisieren, die jegliche inhaltsbezogene Auseinandersetzung überlagerten.

Mit der Republik assoziierte das »nationale Lager« eine negativ besetzte Form der Parteienherrschaft. Anknüpfungspunkte boten sowohl die häufigen Kabinettskrisen und Regierungswechsel – wobei die personelle und politische Kontinuität unberücksichtigt blieb –, als auch die Instabilität der Großlager. Die Parteienherrschaft wurde als »Herrschaftsucht« und »Selbstsucht« von Parteiführern, als Beweis für die »Zerklüftung des Volkes«, die Herrschaft der Straße und des Demagogen­tums gedeutet⁸. Für die konservativen Honoratioren des »nationalen Lagers« waren die französischen Parteien das Produkt des Zusammenschlusses von Volksmassen und Demagogen. Daß sie nicht bereit waren, sich mit den kulturbedingten Unterschieden des politischen Stils, der Rhetorik und Polemik verstehend auseinanderzusetzen, verdeutlicht ihre Charakterisierung der Parteiagitation als »effekthaschende, theatrialisierende« und »popularitätssüchtige« Demagogie von »einigen Schreibern«⁹. Das »nationale Lager« fühlte sich von dem demagogischen Agitationsstil französischer Parteien zwar bedroht, es experimentierte aber selber damit. Seine Kritik gab folglich vorrangig Aufschluß über die modellhafte Bedrohung und Verunsicherung durch Phänomene der politischen Modernisierung, die in Frankreich im Rahmen der parlamentarischen Republik fortgeschrittener war.

Mit dem politischen System setzte sich auch der im Zentrum organisierte politische Katholizismus auseinander, der die republikanische Staatsform vor dem Hintergrund des deutschen Kulturkampfes allerdings ausschließlich unter dem Blickwinkel der Laizisierung und der Französischen Revolution wahrnahm. Von Ferrys Schulreform ging für das Zentrum eine modellhafte Bedrohung aus. Es polemisierte deshalb gegen die Einführung der »gottlosen Staatszwangschule« und interpretierte das

7 Berliner Volkszeitung, 9. 1. 1887, 1. Blatt, S. 1.

8 Die Post, 29. 4. 1884, S. 1. Kölnische Zeitung, 12. 8. 1884, 3. Blatt, S. 1.

9 Ibid.

republikanische Reformwerk als eine Neuauflage des klassischen Universalitätsanspruchs, der Schrankenlosigkeit und des ethischen Totalitarismusanspruchs der Französischen Revolution¹⁰. In seiner Kritik an den französischen finanzkapitalistischen Herrschaftseliten und den Heereserweiterungen schimmerte, wenn auch schwach, sein volksparteilicher Charakter durch. Wie die französischen Linksrepublikaner wandte es sich gegen die »Gönnerwirtschaft«, aus der es als konservative Partei jedoch die Schlußfolgerung zog, daß nur die Monarchie das Land vor dem Untergang retten könne¹¹.

Als einzige Partei nahm die Sozialdemokratie gegenüber der Republik einen grundsätzlich befürwortenden Standpunkt ein. Sie kritisierte allerdings den Klassencharakter der Republik, der im Herrschaftsbündnis der liberalen »Bourgeois und Advokaten« deutlich wurde, die durch eine imperialistische Ablenkungspolitik, Aufrüstungen und Reformunwilligkeit ihre Volksfeindlichkeit dokumentierten¹². Ungeachtet der in der Tradition Napoleons III. stehenden imperialistischen Ablenkungspolitik der Republikaner, sahen die Sozialdemokraten in der Republik jedoch eine Garantie für die Sicherung des Friedens in Europa.

Im Unterschied zur Sozialdemokratie gaben die Linksliberalen kein grundsätzlich befürwortendes Votum zur republikanischen Staatsform ab, obwohl ihre liberaldemokratische Grundhaltung sie in deren ideologische Nähe rückte. Angesichts der in Deutschland gering zu veranschlagenden republikanischen Einflüsse und dem weit verbreiteten Klischee, Republikaner mit Anarchisten und Nihilisten gleichzusetzen, hielten sie sich mit zustimmenden Bekundungen zurück. Sie gingen aber soweit, der republikanischen Staatsform eine friedenssichernde Rolle zuzugestehen. Angesichts von Frankreichs imperialistischer Expansion nach Afrika und Asien hegten sie jedoch Zweifel an der Dauerhaftigkeit des Verzichts auf bonapartistische außenpolitische Abenteuer¹³.

Anders waren die Voraussetzungen 1886/87 für den innenpolitisch besetzten Einsatz des französischen Feindbildes. Im Zusammenhang mit der Septennatsvorlage 1886, die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre und Strukturreformen im Heer vorsah, und der auf die Ablehnung der Vorlage im Januar 1887 folgenden Reichstagsauflösung, war die innenpolitische Lage zu den im Februar/März stattfindenden Reichstagswahlen durch die Blockkonstellation und die Militäthematik stärker als 1884 polarisiert. Durch die Reichstagsauflösung hatte die Regierung das Septennat zu einer Lebensfrage der Nation gemacht. Bismarck und die »Kartellparteien«, d.h. die zu einem Wahlkampf Bündnis zusammengeschlossenen Nationalliberalen, Reichspartei und Deutschkonservativen, stellten die Rüstungspolitik mit Blick auf Frankreich in den Vordergrund ihrer Argumentation. Der europäische Rüstungswettlauf, insbesondere die Heereserweiterungen in Frankreich dienten ihnen als Beweis für eine neuerliche Kriegsgefahr. Die Warnungen des Kriegsministers Bronsart von Schellendorf vor weiteren französischen Heereserweiterungen dienten den Nationalliberalen deshalb zusätzlich als Bestätigung für ihre

10 Kölnische Volkszeitung, 12. 7. 1884, 2. Blatt, S. 1. Historisch-Politische Blätter 94 (1884) S. 742.

11 Kölnische Volkszeitung, *ibid.*

12 Berliner Volksblatt, 12. 8. 1884, S. 1, 7. 10. 1884, S. 1.

13 Weser-Zeitung, 3. 8. 1884, morgens, S. 1.

Hypothese von Deutschlands drohender »Wehrlosigkeit«¹⁴. Nach den Berechnungen des linksliberalen Parteiführers Eugen Richter war die deutsche Armee der französischen allerdings an Zahl und Ausbildungsstand weit überlegen¹⁵.

Aufgrund seiner hochgradigen Emotionalisierung ähnelte dieser Wahlkampf den »Attentatswahlen« von 1878. Die Wahlbeteiligung, die in ihrer bis dahin unerreichten Höhe von 77,5 v. H. erst 1907 und 1912 übertroffen wurde, machte die »Kartellwahl« zum spektakulärsten Sach- und Personalplebiszit der Bismarckzeit. Was die wahlbegleitende Repression und Manipulation von seiten der Regierung und des Kartells anbelangte, so vermag diese Wahl sogar einem Vergleich mit den Plebisziten der napoleonischen Ära standhalten. Die im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Bedrohungsargument eingesetzten manipulatorischen Wahlkampfmittel umfaßten das breite Spektrum von angstschürenden Kriegsgerüchten, Patriotismusappellen und die Beeinflussung der Wählerschaft durch lokale Honoratioren wie Pfarrer, Lehrer, Landräte und Unternehmer, die der Agitation napoleonischer Präfekten in nichts nachstand. Im Unterschied zum Kartell hatte die aus Zentrum, Sozialdemokratie und Deutscher Fortschritts-Partei (DFP) bestehende heterogene Opposition nur die Ablehnung des Septennats als verbindende Parole.

Die Möglichkeit, über die projektive Abwehr des französischen Regierungssystems die Opposition im eigenen Land zu diskreditieren, nutzten die »Kartellparteien« erst in diesem Wahlkampf voll aus. Im Unterschied zu 1884 leiteten sie das Verfassungssystem nun hauptsächlich aus dem Volkscharakter der Franzosen ab, was als leicht verständliches Klischee hohe Mobilisierungserfolge versprach. Die neuerlichen Kabinettskrisen und Regierungswechsel waren für sie deshalb der Beweis für die Unberechenbarkeit und Wankelmütigkeit des französischen Nationalcharakters. Nach Ansicht der Nationalliberalen werde die Republik »ohne Logik geführt; man lebt von Illusionen und Gelüsten, man hat überreizte Weibernerven, man ist besessen vom Größenwahn«¹⁶, d. h. antiweibliche und charakterologische Klischees wurden miteinander verbunden. Auch die Konservativen behaupteten, daß das parlamentarische Regierungssystem die »Schwächen und Schattenseiten« der Volksnatur fördere¹⁷.

Dem Militär als konsensuellem Symbol einer starken Monarchie, des Autoritätsstaats und historischer Kontinuität entsprach die antithetische Deutung der republikanischen Staatsform als instabil, schwach und unberechenbar. Das Heer symbolisierte den Frieden, während das Parlament implizit mit Krieg oder nationaler Desintegration gleichgesetzt wurde. Es vermochte weder außen- noch innenpolitische Sicherheit und Stabilität zu garantieren. Die französischen Parteien symbolisierten wiederum Selbstsucht und Eigensinn¹⁸.

Das Kartell erklärte in diesem Wahlkampf die Septennatsopposition zu Sympathisanten der französischen Republik. Im Falle der Sozialdemokraten begründeten sie dies mit deren positiven Berichten über die Aktionen und Manifeste französischer

14 Kölnische Zeitung, 15. 1. 1887, 2. Blatt, S. 1.

15 Eugen Richter, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 6. Legislaturperiode, 4. Session, 1886/87, Bd. 94, S. 74.

16 Kölnische Zeitung, 19. 10. 1886, 2. Blatt, S. 1.

17 Die Post, 16. 12. 1886, S. 1. Ähnlich die Neue Preußische Zeitung, 12. 2. 1887, S. 1.

18 Kölnische Zeitung, 7. 10. 1886, 2. Blatt, S. 1.

Sozialisten Anfang 1887, beim Zentrum, unabhängig von seiner Laizismuskritik, mit dessen »Welfentum«. Die Nationalliberalen grenzten sich erneut hauptsächlich gegen die Linksliberalen ab, die das »mittelparteiliche Bündnis« mit der Reichspartei als ein Aufgehen im Konservativismus und als Opportunismus ablehnten. Den Vorwurf der Reichsfeindschaft begründeten sie mit ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen dem Linksliberalen Eugen Richter und dem französischen Republikaner Léon Gambetta sowie den Solidaritätsbekundungen der »chauvinistischen« Pariser Presse und der »anarchistischen Volksschichten«¹⁹.

Die zweite Ebene der Feindbildagitation bildete die Außenpolitik. Den hohen Stellenwert außenpolitischer Fragen in der deutschen Parteiagitation verdeutlicht die Tatsache, daß die Argumentationsfigur der Großmacht Konkurrenz im Wahlkampf 1884 trotz der deutsch-französischen Annäherung in der Agitation des »nationalen Lagers« den größten Raum einnahm. Die Parteien dieses Lagers begründeten sie mit Frankreichs Hegemoniestreben, der Kolonialexpansion und dem Rüstungswettlauf. Die über die Kolonialexpansion mobilisierte Großmacht Konkurrenz lieferte ihnen ein breites Spektrum von Argumenten, die für parteipolitische Integrations- und Mobilisierungszwecke instrumentalisiert werden konnten. Dies war insoweit leicht, als angesichts der nur graduell variierenden Skepsis gegenüber dem französischen Hegemonialstreben die Chancen für ein dauerhaftes bilaterales Bündnis von allen Parteien und von Experten als gering veranschlagt wurden.

Die zweite Argumentationsfigur bildete die Machtpolitik. Sie wurden beide hauptsächlich von den Nationalliberalen eingesetzt, deren nationalistische Sichtweise bereits im Parteinamen enthalten war. Die deutsch-französische Annäherung stellte die Nationalliberalen und die von den Bismarckgegnern als Partei Bismarck »sans phrase« titulierte Reichspartei vor das Dilemma, sowohl Deutschlands Aufstieg zur europäischen Hegemonial- und gegebenenfalls Weltmacht anzustreben als auch die Sicherung des Friedens in Europa zu verteidigen. Da sie ihr Machtstreben durch das bedrohliche Verhalten des Gegners rechtfertigen mußten, zitierten sie die Virulenz des französischen Chauvinismus und Revanchedenkens als Rechtfertigung für ihre Zweifel an Frankreichs »loyalem« Verhalten gegenüber Deutschland²⁰. Den Beweis für die ungebrochene Feindseligkeit lieferte ihnen das Niederreißen der deutschen Fahne durch Pariser Demonstranten, die von der Patriotenliga anlässlich des Nationalfestes vom 14. Juli gegen Deutschland aufgewiegelt worden waren. Angesichts von Frankreichs Bedrohlichkeit hielten sie es für angemessen, daß Deutschland Frankreich in eine »Eisenkur« nehme, statt es mit »Zuckerwasser und Limonade« zu behandeln²¹.

Als einzige gouvernementale Partei übten die Deutschkonservativen bezüglich der Kolonialkonkurrenz Zurückhaltung gegenüber Frankreich. Wie die französischen Legitimisten verfolgten sie primär kontinentaleuropäische Interessen, in deren Rahmen sie eine territoriale Expansion zur Erlangung und Stabilisierung des Großmachtstatus befürworteten. Sie schlossen sich deshalb der antifranzösischen Agitation auf dieser Ebene nicht an, sondern begrüßten die deutsch-französische Annäherung als eine Chance zur antibritischen kontinentalen Kooperation.

19 Kölnische Zeitung, 22. 12. 1886, 2. Blatt, S. 1. Neue Preußische Zeitung, 21. 1. 1887, S. 1.

20 Kölnische Zeitung, 12. 8. 1884, 3. Blatt, S. 1.

21 Ibid.

Ein wirkliches Interesse an einer deutsch-französischen Verständigung ließen neben den Sozialdemokraten nur die Linksliberalen erkennen. Allerdings bewerteten letztere den deutschen Friedenswillen höher und machten den Erfolg einer Verständigung von der Überwindung des französischen Revanchedenkens und des Chauvinismus abhängig. Die Warnung, daß Frankreich nie zu trauen sei, läßt auch in diesem Lager, besonders innerhalb des ehemals nationalliberalen Flügels, auf die Verankerung von Erbfeinddenken schließen. Für die Sozialdemokraten war die Bündnisfrage hingegen vom politischen System abhängig und deshalb nur über den Klassenkampf im eigenen Land perspektivisch realisierbar.

Die »Septennatswahlen« 1887 bildeten schließlich den Höhepunkt der antifranzösischen Agitation des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die »Kartellparteien« deuteten die Ablehnung der Militärvorlage als einen antinationalen und profranzösischen Akt, der für Deutschland eine Kriegsgefahr nach sich ziehe. Besondere Bedeutung erhielt in diesem Zusammenhang das im Mai 1886 vom französischen Kriegsminister Boulanger der Deputiertenkammer vorgelegte Cadregesetz. Die Auswirkungen der Interdependenz von Innen- und Außenpolitik lassen sich am Boulangismus besonders gut nachzeichnen. General Boulanger verkörperte in beiden Ländern den großen Eroberer und stand als charismatischer Politiker und Agitator in der Tradition Gambettas und Clemenceaus. Im In- und Ausland verkörperte er die Revanche²². Den »Kartellparteien« diente der um ihn betriebene Personenkult wie auch sein militanter Patriotismus zur Rechtfertigung ihres Kriegstreibervorwurfs. Aus Eigeninteresse stilisierten sie ihn zu einem außenpolitischen Problem ersten Ranges. Hinzu kam, daß Boulangers Nähe zu Teilen der Linksrepublikaner ihre Angst vor der »mission universelle« der Französischen Revolution schürte.

Überbewertet wurde von den »Kartellparteien« auch die Stärke der Patriotenliga, die gleichfalls Sammelbecken militant-nationalistischer Kreise war. Ihre Kriegsprognose anlässlich des Nationalfeiertags am 14. Juli und den reißenden Absatz, den die erste Nummer ihres Publikationsorgans, »La Revanche«, im Oktober auf den Pariser Boulevards fand, werteten sie als einen weiteren Beweis für die französische Kriegsbereitschaft. Unerwähnt blieb, daß die Regierung de Freycinet gegen das Ausrufen dieser Zeitschrift vorging. Während die Nationalliberalen und die Reichspartei die Bedeutung der Patriotenliga durch Charakterisierungen wie »internationale Brandstifterbande« zur Rechtfertigung ihres Bedrohungsarguments steigerten²³, nahmen alle übrigen Parteien eine realistische Haltung ein. Sie erkannten in ihr die unrepräsentative Minderheit, die sie wirklich war. Dafür sprach, daß die Revanche von republikanischen Presseorganen nicht thematisiert wurde, und die französische Landbevölkerung, wie 1885 im Zusammenhang mit der Kolonialexpansion deutlich geworden war, Kriege ablehnte.

Die Steigerung der Kriegsangst zu einer antifranzösischen Psychose wurde durch zwei weitere Faktoren erleichtert: Durch die Wahlkämpfen innewohnende Tendenz zu Übertreibung und Sensation sowie durch das Informationsdefizit der Öffentlichkeit in außenpolitischen Fragen, das willkürlichen Behauptungen Tür und Tor öffnete. Den Boulangismus nahm Bismarck im Januar 1887 zum Anlaß, um die

22 Adrien DANSETTE, *Le Boulangisme, 1886–1890*, 2 Bde., Paris 1938; Pisani F. FRESNETTE, *Le général Boulanger*, Paris 1969; Philippe LEVILLAIN, *Boulanger, fossoyeur de la monarchie*, Paris 1982.

23 Kölnische Zeitung, 4. 2. 1887, 2. Blatt, S. 1.

Stimmung in der französischen Öffentlichkeit mit einem leicht entzündbaren Dampfkessel zu vergleichen²⁴. Die »Kartellparteien« leiteten daraus sofort eine imminente Kriegsgefahr ab. Überbewertet wurden auch die umfangreichen Lieferverträge der französischen Kriegsverwaltung, die in Deutschland Schwefeläther und Pikrinsäure zur Herstellung von Melinit-Bomben sowie einige Millionen Bretter aus dem Schwarzwald und Elsaß zum Bau von Armeebarracken entlang der Ostgrenze bestellte. Den Einwand der »Neuen Züricher Zeitung«, daß man dem Gegner durch den Einkauf von Kriegsmaterial gewöhnlich nicht seine Angriffsabsichten kundtue, ignorierten sie. Vor allem die Nationalliberalen setzten auch auf außenpolitischer Ebene charakterologische und affektive Deutungsmuster ein. Demnach habe Frankreich seine »Lust an der Zerstörung fremden Lebens« bereits häufig zum Ausdruck gebracht und zeichne sich seine Politik durch eine »Trunkenheit fanatischer Ideen« und Doppelgesichtigkeit aus²⁵. Populär war der Vergleich Frankreichs mit einem Raubtier, einer Metapher, die unter den Adressaten Assoziationen an Fremdheit, Angriff, Unberechenbarkeit, Wildheit und Lebensgefahr wecken sollte.

Mit der Einberufung der deutschen Reservisten im Januar 1887 zu einer Übung in Elsaß-Lothringen waren die deutsch-französischen Beziehungen an einem Tiefpunkt angelangt. Ein französischer Angriff wurde von den Nationalliberalen nach Ablehnung der Septennatsvorlage jederzeit befürchtet²⁶. Gegenüber diesen Kriegsängsten hatte der Realismus der Opposition nur geringe Wirkungschancen, wie der Stimmenanstieg der Nationalliberalen um 4,6 Prozentpunkte verdeutlichte. Den französischen Dementis gegenüber zeigte sich die Opposition grundsätzlich aufgeschlossen. Die Republik und das allgemeine Wahlrecht galten den Linksliberalen und der Sozialdemokratie als Schutz vor einem französischen Aggressionsakt. Die Linksliberalen lobten sogar die Gegenmaßnahmen der französischen Regierung, die im Februar 1887 Bilder, Karikaturen und Publikationen, die zum Krieg aufreizten, verbot²⁷. In der aufgeheizten deutschen Wahlkampfatmosphäre war dies ein mutiger Akt, der ihnen den Vorwurf des antinationalen Agententums durch die »Kartellparteien« einbrachte.

Die Agitation der französischen Parteien: Deutschland als außenpolitische Bedrohung

Da der deutsche Konstitutionalismus als politisches Modell für die republikanische Staatsform keine innenpolitische Bedrohung darstellte, konzentrierte sich die anti-deutsche Agitation der französischen Parteien auf die Außenpolitik. Ihre innenpolitische Instrumentalisierung war über die nationale Sicherheitsfrage und über die von der Depression geförderte Wirtschaftskonkurrenz leicht möglich. Die Wahlen zur

24 Bismarck am 11. 1. 1887 im Reichstag zur Frankreich, in: Stenographische Berichte (wie Anm. 15), Bd. 95, S. 339.

25 Kölnische Zeitung, 23. 11. 1886, 2. Blatt, S. 1. Neue Preußische Zeitung, 26. 10. 1886, S. 1.

26 Weser Zeitung, 9. 12. 1886, morgens, S. 1, 3. 2. 1887, morgens, S. 1. Vossische Zeitung, 2. 2. 1887, abends, S. 1, 3. 2. 1887, abends, S. 1. Berliner Volks-Zeitung, 9. 1. 1887, 1. Blatt, S. 1.

27 Jules Ferry: »Il est utile, d'avoir avec elle (L'Allemagne) des ententes sur les terrains des intérêts communs«, in: Jean-Marie MAYEUR, Les débuts de la III^e République 1871-1898 (Nouvelle histoire de la France contemporaine, 10), Paris 1973, S. 130.

Deputiertenkammer fanden im Oktober 1885, sieben Monate nach dem Sturz von Ministerpräsident Jules Ferry über Frankreichs Niederlage in Indochina statt. Mit der militärischen Niederlage, die Ferry verkörperte, verfügte die Opposition aus dem Rechts- und Linkslager über eine einprägsame und emotionalisierende Wahlkampfparole. In den Hauptwahlen standen sich drei Orientierungslager gegenüber: Die »Union des droites« (Legitimisten, Orleanisten, Bonapartisten), die Linksrepublikaner und die republikanische Mitte.

Die thematische Offensive der Rechtsunion, die mit ihrer emotionalisierenden Wahlkampfparole, »déficit, violences, guerre«, Erinnerungen an den deutsch-französischen Krieg wachrief, bildete das Novum dieses Wahlkampfes. Während das Kriegsmotiv in den deutschen »Septennatswahlen« außen- und militärpolitisch begründet wurde, setzte es die französische Rechte breiter ein. Der innenpolitische Bezug war auf ihre Systemopposition und die multifunktionale Instrumentalisierung des Kriegsmotivs auf den hohen Bedarf des heterogenen Rechtsbündnisses an Integrationsformeln zurückzuführen. Angewandt wurde es auf die Kolonialexpansion, den Protektionismus, was allerdings auch in Deutschland gängig war, und die innenpolitische Konfliktlage. »La République, c'est la Guerre« war die Kurzformel für dieses Bedrohungsspektrum. Ihr deutsches Feindbild konstituierte sich folglich aus den Faktoren Krieg, Niederlage, Konkurrenz und Bedrohung des Status quo.

Die wahlkampfbedingte Krisensituation und der politische »Massenmarkt« ließen auch die französischen Parteilager Polarisierungs- und Ausgrenzungsstrategien einsetzen. Ähnlich Bismarcks »Reichsfeind-Reichsfreund«-Strategie teilten sie die politische Landschaft entlang des nationalen und antinationalen Motivs in zwei Blöcke, einer Trennungslinie, die strukturell dem Muster der Französischen Revolution entsprach. Die Rechte diffamierte die Republikaner als Landesfeinde, während diese im Gegenzug von Republikfeinden sprachen. Da mit den darüber angesprochenen politischen Systemen gesellschaftliche und politische Gesinnungen verbunden waren, lief diese Argumentation auf eine weltanschauliche Polarisierung hinaus. Derartige Schemata versperrten allerdings den Zugang zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den Sachthemen der Legislaturperiode.

Als bildungs- und besitzbürgerliche Partei knüpften die gemäßigten Republikaner an die Kolonialexpansion grundsätzlich die gleichen Erwartungen wie die Nationalliberalen, nur eröffnete sie ihnen zusätzlich die Möglichkeit, Frankreichs außenpolitische Isolation zu überwinden. Die deutsch-französische Annäherung lag auf dieser Linie. Da sie auf beiden Seiten ein Akt realpolitischer Diplomatie war²⁸, war sie der französischen Öffentlichkeit jedoch schwer zu vermitteln. Innenpolitisch erhofften sich die gemäßigten Republikaner davon indirekt die Konsolidierung des politischen Systems und die Stabilisierung ihrer Herrschaft. Entgegen den wahlkampfmotivierten Unterstellungen der Opposition intendierten sie damit weder die Aufgabe des französischen Anspruchs auf die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens noch den Bruch mit Großbritannien. Der Zweckcharakter der Annäherung machte es der Opposition angesichts des von der Regierung selber konstatierten kolonialpolitischen Konnexes allerdings leicht, Ferrys Annäherung innenpolitisch als einen unpopulären Akt auszuschlachten.

28 Le Gaulois, 22. 12. 1884, S. 1.

Die Opposition interpretierte die Annäherung als ein bilaterales Abkommen, das aus zwei Gründen unrealisierbar gewesen wäre: In der französischen Öffentlichkeit erschwerten Ressentiments und das Mißtrauen gegenüber Deutschlands bündnispolitischer Zuverlässigkeit ein solches Abkommen. Auf parlamentarischer Ebene wären deutsche Zugeständnisse zur Revision des Frankfurter Vertrages die Voraussetzung gewesen.

In den Wahlaufrufen, die von Juni 1885 an die heiße Wahlkampfphase einleiteten, tauchten die vom Herbst 1884 bis März 1885 in der Presse benutzten Begriffskomplexe »Revanche«, »Elsaß-Lothringen« und »Deutschland« nicht mehr auf, was Antoine Prost zu der Schlußfolgerung verleitete, daß weder die Revanche noch die europäische Mächtekonstellation im Wahlkampf eine Rolle spielten²⁹. Auch in der Presseagitation dieser Monate wurden die Termini »Revanche« und »Elsaß-Lothringen« kaum verwandt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß dieses Thema im Wahlkampf keine Rolle spielte. Um sich nicht dem Vorwurf der Kriegstreiberei auszusetzen, benutzte die Rechtspresse eine eher umschreibende Begrifflichkeit.

Innerhalb des Rechtsbündnisses nahmen nur die Orleanisten und die Legitimisten zum deutsch-französischen Verhältnis ausführlich Stellung. Die Bonapartisten verzichteten darauf, da sie mit ihrem Hegemoniepostulat ihren parteipolitischen Gegnern Anlaß zur Wiederbelebung antibonapartistischer Stigmen gegeben hätten. Für die Legitimisten war die Verbindung von zwei konfligierenden Einstellungen charakteristisch. Einerseits ließ sie das Friedensbedürfnis ihrer agrarischen Wählerschaft einen Offensivkrieg gegen Deutschland ablehnen; andererseits dachten sie wie die deutschen Konservativen in monarchisch-machtstaatlichen Kategorien und orientierten sich an Frankreichs kontinental-europäischer Vormachtstellung zur Zeit des Ancien Régime. Allerdings wirkte die außenpolitische Vorbildrolle des Ancien Régime lagerübergreifend, d.h. sie galt auch für die gemäßigten Republikaner. Die von den Orleanisten während des Wahlkampfes ausgesprochene Hoffnung, daß der Rhein nicht bis in alle Ewigkeit deutsch bleiben dürfe, war folglich konsensual³⁰. Während die Orleanisten grundsätzlich bereit waren, Deutschland im Geiste der Versöhnung zu begegnen, nahmen die Legitimisten eine starre nationale Großmachthaltung ein. Sie beharrten auch begrifflich auf der Revanche, während die Orleanisten und die Linksrepublikaner diesen Gedanken mit abgeschwächten geopolitischen Begriffen wie Vogesen und Ostgrenze zum Ausdruck brachten.

Am häufigsten setzten die Legitimisten das deutsche Feindbild für wahlpolitische Zwecke ein. Dabei operierten sie am stärksten mit dem außenpolitischen Prestigeargument. So warnten sie z.B. davor, daß Frankreich durch die Kooperation mit Deutschland Gefahr laufe, in eine mit Österreich-Ungarn vergleichbare Satellitenrolle zu geraten. Obwohl die republikanische Mitte hervorstrich, kein Bündnis mit Deutschland eingegangen zu sein, warfen die Legitimisten ihr Vasallentum und Frankreichs Degradierung zur »République prussianisée« vor und forderten die Rückgewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit³¹. Die Orleanisten brachten diese Forderung wirkungsvoll in der Überschrift, »Ni Allemands, ni Anglais –

29 Antoine PROST, *Vocabulaire des proclamations électorales de 1881, 1885 et 1889*, Paris 1974, S. 52.

30 *La Gazette de France*, 17. 10. 1884, S. 1, 17. 12. 1884, S. 2.

31 *Le Gaulois*, 9. 9. 1884, S. 1.

Français« zum Ausdruck³². Auf die Linksrepublikaner wurde das deutsche Feindbild nur gelegentlich projiziert. In solchen Fällen wurden komplexe Ängste mit der Prognose geweckt, daß ein Wahlsieg der Linksrepublikaner die Anarchie auslösen und Deutschland zum Einmarsch in Frankreich anregen würde.

Der Nationalismus bildete, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, die gemeinsame Grundlage der antideutschen Polemik. So warfen die Orleanisten Ferry, infolge ihres großmachtpolitischen Führungsanspruchs, Schwäche und Verrat an nationalen Interessen vor, da er es zulasse, daß Bismarck mit ihm wie die Katze mit einer Maus spiele; auch die Linksrepublikaner benutzten das Spielzeugmotiv, warnen aber eher innenpolitisch zentriert vor einer Auslieferung Frankreichs an Deutschland, die das republikanische System gefährde³³. Auf den ersten Blick schien sich die Einschätzung Bismarcks zu ähneln. Sie umfaßte die Ablehnung des dämonischen Machtpolitikers und die Bewunderung für den genialen Politiker. Die Orleanisten bewunderten Bismarck sogar dafür, daß er zum »Herren von Krieg und Frieden in Europa« aufgestiegen sei³⁴. Zwar erlagen die Linksrepublikaner grosso modo gleichfalls der Faszination des Machtpolitikers, auf innenpolitischem Gebiet distanzieren sie sich jedoch von ihm, wie ihre Kritik an Bismarcks Absolutismus und diktatorischer Politik verdeutlichte.

Verglichen mit den deutschen Reichstagswahlen 1884 wurden in Frankreich außenpolitische Feindbilder von der Opposition 1885 weitaus weniger eingesetzt. Dies läßt sich damit erklären, daß die französischen Parteien mit der politischen Systemfrage über ein zur Polarisierung der politischen Landschaft geeignetes und mit innenpolitischen Feindstereotypen besetzbare s Thema verfügten. Darüber hinaus ließ sich das deutsche Feindbild auch nur mittelbar aus der Kolonialfrage ableiten.

Die französischen Parlamentswahlen vom September/Oktober 1889 fanden hingegen in einer Zeit gespannter deutsch-französischer Beziehungen statt. Die Taktik Bismarcks und des Kartells, sich für den Wahlkampf Frankreich als Objekt zur Konsolidierung ihrer innenpolitischen Machtstellung auszuwählen, sollte die französische Außen- und Innenpolitik nachhaltig beeinflussen. Die Innen- und Außenpolitik wurde insoweit tangiert, als nach dem Wahlkampf ein von Deutschland ausgehender Präventivkrieg in Frankreich wieder für möglich gehalten wurde. Wichtig hierfür war, daß sich die deutsche Öffentlichkeit schnell und leicht mit dem Gedanken an einen neuen Krieg gegen Frankreich arrangiert hatte. Mißtrauen und Kriegsangst hatten dadurch neuerlichen Auftrieb erhalten.

Innenpolitisch stärkten die »Septennatswahlen« die Suggestibilität nationalistischer und antideutscher Gruppierungen, wie die Patriotenliga und der Boulangismus sie verkörperten. In der innen- und außenpolitischen Krisensituation dieser Jahre vermittelte Boulangers nationalistischer und militaristischer Verbalismus Zuversicht und Stärke, der für die republikanische Mitte allerdings zunehmend innen- und außenpolitisch kompromittierend wurde. Da Boulangers Popularität sehr groß war, vermochten sie ihn erst im Zusammenhang mit dem Sturz des Kabinetts Goblet im

32 *Le Gaulois*, 22. 12. 1884, S. 1. *L'Intransigeant*, 19. 8. 1884, S. 1. *Justice*, 29. 9. 1884, S. 1, 22. 9. 1884, S. 1. *La Lanterne*, 7. 12. 1884, S. 1.

33 *Le Soleil*, 28. 10. 1884, S. 1.

34 *L'Intransigeant*, 17. 1. 1889, S. 1.

Mai 1887 abzusetzen. Die Linksrepublikaner reagierten darauf mit der Neuauflage des Vorwurfs, daß sich Frankreich vor Deutschland erniedrige, weshalb sie das Kabinett Rouvier als »Ministère allemand« bezeichneten³⁵. Die Massendemonstration anläßlich von Boulangers Versetzung als Stadtkommandant nach Clermont-Ferrand, die im Juli 1887 am Gare de Lyon in Paris stattfand, öffnete schließlich auch Clemenceau die Augen vor der Gefahr eines neuen Cäsars und einer bonapartistischen Restauration.

Der Boulangismus formierte sich erst nach Boulangers Absetzung als oppositionelle und antiparlamentarische Bewegung. Sein Erfolg war auf die Fusion von zwei Strömungen zurückzuführen, die bereits das Charakteristikum des Bonapartismus gewesen war. Eine Strömung war autoritär und antiparlamentarisch ausgerichtet und ermöglichte die Kooperation mit den Royalisten³⁶. Die andere Strömung stand in jakobinischer Tradition, d.h. sie war demokratisch, egalitär, sozial und militant nationalistisch orientiert. Ihrer Vorrangstellung verdankte der Boulangismus seine Anfangserfolge. Wie Zéev Sternhell nachwies, liegt die Originalität dieser Bewegung in der spezifischen Synthese dieser politischen Strömungen begründet, deren populistischer Charakter eine neue Qualität darstellte³⁷. Boulanger fungierte dabei als Katalysator einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Protestbewegung, die eine Diagonale durch die Linksrepublikaner, Sozialisten, Bonapartisten und Teile der Monarchisten zog. Seine Massenanhängerschaft rekrutierte sich überwiegend aus dem traditionell jakobinisch gesinnten städtischen Kleinbürgertum und der Industriearbeiterschaft. Die Boulangisten, die das Thema deutsch-französische Beziehungen bereits in den Jahren 1886–1888 bei Nachwahlen als politische Waffe gegen die republikanische Mitte eingesetzt hatten, instrumentalisierten es auch im Wahlkampf 1889. Auch die Monarchisten setzten das deutsche Feindbild wieder ein, jedoch in geringerem Maße als 1885. In Reaktion auf die Agitation der deutschen »Kartellparteien« veröffentlichten die Boulangisten im August 1888 eine Broschüre mit dem Titel »L'invasion allemande«. Sie wurde auf Plakaten breit angekündigt und die Erstauflage von 2,5 Millionen Exemplaren wurde gratis verteilt. Boulanger forderte darin, daß Frankreich sein außenpolitisches Prestige über die Aufrüstung und durch nationale Geschlossenheit im Innern zurückgewinnen müsse. Nach Ansicht der Boulangisten hatte sich die parlamentarische Republik als unfähig erwiesen, Frankreich die Führungsrolle in Europa zurückzugeben. Der nationale Zusammenschluß sei dafür die unabdingbare Voraussetzung, da Deutschland aus Frankreichs politischer Zersplitterung und Instabilität Vorteile zog.

Die Rückgewinnung der nationalen Würde gegenüber dem Ausland wurde schließlich zum außenpolitischen Schlagwort der Nachwahlen 1888, wodurch sich Boulanger die Gefolgschaft von Teilen der Patriotenliga zu sichern vermochte. Die Boulangisten mobilisierten allerdings nicht, wie ihnen von deutscher Seite vorgewor-

35 Vgl. *Prétendu coup d'état, Résumé der Pariser Presse*, 24. 11. 1888, in: Archives nationales F6 12445. Sowie *Le Boulangisme, Note. Remèdes contre le Boulangisme*, in: *ibid.*

36 Georges GRISON, *Le Général Boulanger jugé par ses partisans et ses adversaires* (janvier 1886–mars 1888) Paris s. d., S. 169; William IRVINE, *Royalists, Mass Politics and the Boulanger Affair*, in: *French History* 3,1 (1989), S. 31–47.

37 Zéev STERNHELL, *La droite révolutionnaire. Les origines françaises du fascisme 1885–1914*, Paris 1978, S. 35.

fen wurde, offen für einen Revanchekrieg. Sie riefen lediglich indirekt dazu auf, indem sie über die Herausstellung erlittenen Unrechts an die aggressive Seite verletzten Ehrgefühls appellierten, der Armee eine neue offensive Rolle zusprachen und Machtpolitik propagierten. Boulangers Image als »général revanche« war somit eher Ausdruck eines von seinen Anhängern und Gegnern geschaffenen Mythos denn seiner gezielten Vorbereitung eines Revanchekrieges.

Innenpolitische Zielgruppe der boulangistischen antideutschen Polemik waren die gemäßigten Republikaner. Dem außenpolitischen Feindbild entsprach strukturell der Vorwurf des Verrats und Agententums. Als patriotisch und national denkender General sowie als Symbol militärischer Abschreckung verkörperte Boulanger die Antithese, die Frankreich Sicherheit, europäische Führung und Frieden garantierte. Verbreitet war eine Zeichnung von Boulanger, auf der er mit dem Schwert an der elsäß-lothringischen Grenze Spatzen verjagte³⁸. Auch in Deutschland hatten die Nationalliberalen 1886/87 zur Darstellung der Kriegsbereitschaft verharmlosende und ästhetisierende Metaphern, wie sie das Schwert repräsentierte, eingesetzt. Die Agitation der Boulangisten wies insoweit am stärksten Züge moderner Massenagitation auf, als sie am häufigsten mit dem Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik, mit Feindbildern und Schlagworten argumentierten, ein Aspekt, der von der Boulangismusforschung bislang ungenügend beachtet wurde.

Daß das deutsche Feindbild lagerübergreifend einen stabilen Kern hatte, bestätigte die Argumentation der Legitimisten. Sie übertrugen ihr 1885 gegen Ferry eingesetztes Abenteuererstigma und das außenpolitische Abhängigkeitsmotiv auf Boulanger. Dem nationalen Republikkonzept der Boulangisten unterlegten sie eine versteckte Kooperation mit Bismarck, den sie als Mitinitiator der Republik im Interesse von Frankreichs Abhängigkeit ansahen³⁹. Auch in diesem Wahlkampf sprachen sie nur gelegentlich von »Revanche«. Mit diesem Begriff bezeichneten sie jedoch keinen Aggressionsakt. So sprachen sie z.B. von der Monarchie als Symbol einer moralischen Revanche gegenüber Bismarck. Zwar forderten sie die Restauration von Frankreichs Hegemonialstellung, konkrete Maßnahmen, die zwangsläufig kriegerischen Charakter gehabt hätten, wagten sie aus wahltaktischen Gründen gegenüber ihrer agrarischen Wählerschaft jedoch nicht zu benennen.

Die gemäßigten Republikaner operierten auch in diesem Wahlkampf nicht mit antideutscher Polemik. Allerdings nutzten sie ebenfalls das Angstmotiv als wohlfeiles Integrationsmittel. Mit der Parole, »Boulanger, c'est la guerre«, mobilisierten sie Kriegsängste, die Assoziationen zum bonapartistischen Abenteuerertum und zur Niederlage weckten. Nach Boulangers Erfolg in den Seine-Wahlen 1889 warnten sie vor den damit einhergehenden Auswirkungen auf Frankreichs Ansehen im Ausland. Deutschlands Interesse an Frankreichs außenpolitischer Schwächung nutzten einige republikanische Presseorgane zu der Behauptung, daß Boulanger von deutscher Seite finanziert werde⁴⁰. Mit dem Nutzen, den Deutschland aus Frankreichs innenpolitischer Destabilisierung ziehe, argumentierten auch die Linksrepublikaner. Für Boulanger zu stimmen hieße, den Krieg im Innern und nach außen zu wollen, wodurch

38 La Gazette de France, 26. 7. 1889, S. 1, 11. 8. 1889, S. 1.

39 Le Siècle, 13. 1. 1889, S. 1.

40 Le Siècle, 18. 1. 1889, S. 1. La Lanterne, 2. 6. 1889, S. 1.

man Deutschland in die Hände arbeite⁴¹. Im Unterschied zur antifranzösischen Agitation der »Kartellparteien« war die von Deutschland ausgehende Bedrohung territorialer Art, woraus erst in zweiter Linie eine Bedrohung für das politische System abgeleitet wurde.

Feindstereotypen prägen die Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen

Wie am Beispiel der deutschen »Kartellparteien«, der Legitimisten und des Boulangismus deutlich wurde, operierten die Parteien am stärksten mit Feindbildern, die den größten Bedarf an identitätssichernden und ausgrenzenden Strategien hatten. Sie versuchten damit, ihre schwindende Integrationskraft, ihre Unfähigkeit, sich im sozioökonomischen und politischen Konfliktfeld zu behaupten, mit nationalpolitischen Ausgrenzungsstrategien zu kompensieren. Da sich dies gegenüber den gemäßigten Republikanern, Boulangisten und deutschen Linksliberalen rational schwer rechtfertigen ließ, wurden kompensatorisch Irrationalismen eingesetzt.

Die gouvernementalen Parteien in Deutschland, d. h. die Nationalliberalen und die Reichspartei, sowie das Zentrum, operierten nicht nur am häufigsten mit dem französischen Feindbild, sie unterschieden sich von den französischen Parteien auch durch eine besondere Ideologisierung, d. h. durch einen militanten Nationalismus und eine besonders aggressionsgeladene Argumentation.

Der Ideologiecharakter der deutschen antifranzösischen Polemik läßt sich mit zwei Strukturphänomenen erklären: Zum einen auf der systempolitischen Ebene. Im Vordergrund stand die vom republikanischen System ausgehende Bedrohung, die auf den Konstitutionalismus, den weltanschaulichen Charakter der deutschen Parteien und die Komplexität der politischen Landschaft zurückzuführen war. Die Komplexität der politischen Landschaft motivierte in Verbindung mit der Teilkulturstruktur die deutschen Parteien stärker als in Frankreich dazu, auf künstliche Reduktionen zurückzugreifen⁴². Da sich extreme Reduktionen, wie das »Reichsfeind-Reichsfreund«-Schema sie darstellt, rational schwer rechtfertigen lassen, wurden Irrationalismen zur Abstützung herangezogen. Allerdings wandten auch die französischen Republikaner diese Strategie in Reaktion auf die Stimmengewinne der Rechten bei den Hauptwahlen 1885 an. Zusätzlich förderte die deutsche Teilkulturstruktur eine besondere Aggressivität gegenüber dem Konkurrenten.

Die zweite Erklärungsebene bilden die variierenden innenpolitischen Konstellationen, wie z. B. die von den Nationalliberalen als besonders bedroht wahrgenommene Mittelstellung ihrer Partei, deren Korrelat in ihrer Agitation Deutschlands bedrohte Mittelstellung in Europa war. Auf diese doppelte Bedrohung reagierten sie mit aggressiven Verteidigungsmechanismen. Das politische und das Parteiensystem Frankreichs bedrohte symbolisch und in komplexer Weise ihre unsichere Mittelstellung: Ihre defensive politische Wahrnehmung ließ sie in starren Denkmustern

41 Le Rappel, 22. 9. 1889, S. 1.

42 Rainer LEPSIUS, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. RITTER (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1978, S. 56–80.

Zuflucht suchen, was die Völkerstereotypen und die von ihnen angenommene Unvermeidbarkeit eines deutsch-französischen Krieges zum Ausdruck brachten.

In Frankreich wurde das deutsche Feindbild in weit geringerem Umfang für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert, obwohl es durch die nationale Sicherheitsfrage und Elsaß-Lothringen keiner mit Deutschland vergleichbaren künstlichen Übersetzung in den Alltag bedurfte. Am stärksten wurde es von der Opposition an den äußeren Rändern des politischen Spektrums eingesetzt. Erhofften sich die extrem traditionalistischen Legitimisten davon eine Abschwächung ihrer Paria-Rolle, so nutzten die Orleanisten das deutsche Feindbild, um das heterogene Rechtsbündnis durch eine emotionalisierende Integrationsparole abzustützen. Für die Boulangisten war es funktional, da sie sich als neue Sammlungs- und Protestbewegung im etablierten Parteienspektrum behaupten mußten und besonders stark auf Integrations- und Abgrenzungsparolen angewiesen waren. Die Linksrepublikaner setzten es als Mittel zur Abgrenzung gegen die großbürgerliche republikanische Mitte ein.

Im Unterschied zum deutschen »Reichsfeind–Reichsfreund«-Schema der 1870er Jahre verfügten die französischen Parteien mit der Französischen Revolution über ein historisch tradiertes Polarisierungs- und Orientierungsmuster. Allerdings wurde auch dieses Orientierungsmuster zunehmend brüchig, was die Parteien und insbesondere die Boulangisten, auf kompensatorische ideologische Kunstprodukte, wie die Ritualisierung von Konflikten und Feindbildern sie darstellten, rekurrieren ließ. Die Boulangisten leisteten somit einen besonderen Beitrag zur Irrationalisierung der Parteiagitatio n in Frankreich und lieferten den deutschen Parteien ein vielseitiges und bis in die Weimarer Republik populäres Feindklischee, dessen Mythos seine reale Bedeutung überstieg.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

En s'appuyant sur l'exemple des campagnes électorales en Allemagne et en France durant les années 1880, l'auteur de l'article étudie les styles d'agitation, c'est-à-dire les positions, les modes de pensée et de perception des partis vis-à-vis du pays voisin dans cette importante période de formation de l'histoire des partis en Europe. Malgré les grandes différences qui existaient sur le plan des systèmes de constitutions et de partis ainsi que sur le plan des traditions de pensée politique, le processus de modernisation politique et sociale poussa les partis à mettre en place des stratégies d'agitation structurellement comparables en France et en Allemagne dans la concurrence du marché politique de masse du racolage des voix. En particulier les partis conservateurs et libéraux cherchèrent une solution aux problèmes de l'intégration de leurs partisans, de la sauvegarde de leur identité collective et du renforcement de l'attractivité de leurs programmes en faisant appel à des images de l'ennemi.

Le style d'agitation des partis allemands se distingue par une tendance particulièrement prononcée à l'agitation basée sur l'image de l'ennemi. Pour les partisans de l'Etat autoritaire monarchique, la France représentait avant tout une menace sur le plan du système politique et de la concurrence d'une grande puissance. Les élections du septennat en 1887 avec leur référence au boulangisme constituèrent l'apogée de l'agitation anti-française de la fin du XIX^e siècle.

Etant donné que le système constitutionnel allemand ne représentait pas pour les partis français un danger sur le plan de la politique intérieure, leur agitation anti-allemande se concentra sur la politique extérieure. Le rapport étroit à la politique intérieure découlait de la question de la sécurité nationale et de la concurrence économique résultant de la récession. Le slogan électoral de l'Union des droites en 1885 «déficit, violences, guerre» est dans cette optique très significatif. A l'instar de l'Union des droites, le parti boulangiste se servit également de la germanophobie comme d'une arme politique contre le centre républicain. Mais la France utilisa tout de même beaucoup moins l'image de l'ennemi allemand à des fins de politique intérieure que l'Allemagne ne le fit avec celle de l'ennemi français. C'est l'opposition située aux extrêmes du spectre politique, c'est-à-dire les légitimistes, les boulangistes mais aussi une partie des républicains de gauche, qui utilisait le plus l'image de l'ennemi. La contribution particulière des boulangistes consista à rendre irrationnelle l'agitation politique en France.